

# Vor 70 Jahren: Der „Göckeles-Mittwoch“ in Biberach

Von Dr. Hans Otto Binder, Tübingen

Runde Jahre bieten sich gerne zu Rückblicken an. Das ist auch hier mit ein Anlaß. Der Hauptgrund für die Ergänzung zu der Darstellung in der „Geschichte der Stadt Biberach“ ist jedoch ein anderer. Bei der Beschäftigung mit der Geschichte Biberachs müssen jeden Historiker die Ereignisse um den „Göckeles-Mittwoch“ faszinieren. Ich habe deshalb die Gerichtsakten im Staatsarchiv Sigmaringen eingesehen, allerdings erst als die „Geschichte der Stadt Biberach“ schon abgeschlossen war, und die Ergebnisse an anderer Stelle mit einer anderen Fragestellung veröffentlicht.<sup>1</sup> Die Gerichtsakten haben den bisher bekannten Verlauf im großen und ganzen bestätigt und ergänzt. Sie ergeben jedoch für die Motive der Handelnden und die Beurteilung der Aktion völlig neue Gesichtspunkte. Insbesondere geht daraus deutlich hervor, daß es sich dabei nicht um einen Kommunistenputsch gehandelt hat. Die Biberacher Kommunisten schlossen sich vielmehr einer ohne ihre Mitwirkung beschlossenen Aktion an.

## Die Ereignisse am Vormittag

1923 war das Krisenjahr der Republik, gekennzeichnet durch den Ruhrkampf, Streiks und Unruhen, Putschversuche von links und rechts und vor allem durch die galoppierende Inflation. Wer Lohn oder Gehalt bezog, mußte versuchen, diesen möglichst sofort in Waren umzusetzen, wobei die Preise den Löhnen davonrasten. Die Ereignisse auf dem Markt in Biberach müssen in diesem Zusammenhang gesehen werden; sie hatten eine kurze, aber interessante Vorgeschichte. Alle dazu Befragten, auch Oberamtmann, Bürgermeister, Stadträte und die Vertreter der Biberacher Fabrikarbeiter, waren einhellig der Meinung, daß die Mißstände in der Versorgung der Bevölkerung ihre Ursache in den einheimischen und auswärtigen Schiebern und „Aufkäufern“ habe – damit waren die kleinen Zwischenhändler gemeint. Bürgermeister Hammer führte in seiner Aussage die Ursache auf die Zuspitzung der Verhältnisse seit etwa vier Wochen zurück. Fremde Händler aus Mannheim, Darmstadt und Stuttgart sowie die vielen Handelsseine in der Region selbst hätten zu der Verknappung des Warenangebots geführt. Das starke Wort vom „Unfug des Händlertums“ gebrauchte der Oberamtmann Josef Baur.

Am 14. September hatte der Vorsitzende der Biberacher Betriebsräte, der dem katholischen Arbeiterverein angehörte, mit seinem Kollegen Stadtrat Bäuerle über die Möglichkeiten zur Abschaffung dieser Mißstände gesprochen. Darauf versammelten sich am 16. September die Biberacher Betriebs-

räte in der Wohnung von Bäuerle und beschlossen, am 19. September sich nach Belegschaften geordnet um 6.30 Uhr an den Zugangsstraßen zum Marktplatz zu sammeln und die eintreffenden Bauern und Händler auf den Markt zu führen, damit sie dort ihre Waren verkaufen. Von einer zwangsweisen Preisgestaltung war nicht die Rede. Nur ein Zeuge, der aber nicht auf der Betriebsversammlung gewesen war, sagte aus, er habe davon gehört, man wolle die Preise herabsetzen. Die Aktion wurde als unpolitische Maßnahme verstanden, deshalb sollten die Parteien, vor allem die Kommunisten, nicht eingeschaltet werden. Am 18. September hatte dann mindestens in einer Firma eine Betriebsversammlung stattgefunden, auf der das Vorgehen besprochen wurde. Erst an diesem Abend trafen sich die Kommunisten, die inzwischen mitbekommen hatten, daß für den nächsten Tag etwas geplant war, und sie beschlossen, sich um 7 Uhr am Bahnhof zu treffen. Der Vorsitzende der Betriebsräte, der die ganze Aktion ausgelöst hatte, will dann bei ihrem Auftauchen sofort geahnt haben, „daß es jetzt eine Schweinerei gibt“. Stadtrat Bäuerle dagegen meinte, es wäre nichts passiert, wenn die Kommunisten sich jeweils ihrer Belegschaft angeschlossen hätten und nicht als geschlossene Gruppe mit Sowjetfahne aufgetreten wären. Wie geplant, wurden zunächst die Bauern und Händler, die nicht zum Markt, sondern teilweise zum Bahnhof, teilweise zu Biberacher Geschäftsleuten und Gastwirten strebten (einer, um seine Zahnarztrechnung in Naturalien zu begleichen), mit verbalem Zwang zum Markt gedrängt. Dabei kam es auch vor, daß unwilligen Bauern die Pferde ausgespannt wurden. Daß nicht alle freiwillig zum Markt mitgingen, gaben die Angeklagten offen zu, deshalb waren sie ja gekommen: zu Verletzungen von Personen war es aber nicht gekommen. Vom „Entreißen des Eierkorbs“ war die Rede und in einem Fall soll es zu Hautabschürfungen gekommen sein, aber dieser wurde vom Gericht nicht abgehandelt. Ein Bauer aus Birkendorf bezog allerdings Prügel, weil er gesagt haben soll, hier müßte man mit einem Maschinengewehr hineinschießen. Mit der Zuführung der Anbieter zum Markt war es aber nicht getan, denn dort entwickelte das Geschehen seine eigene Dynamik und daran waren nicht allein die Kommunisten schuld. Zwar wurde auf dem Obstmarkt unter tätiger Mithilfe von Stadtrat Bäuerle auch zu realen Preisen verkauft, aber auf dem Marktplatz selbst kam es zu tumultartigen Vorfällen. Junge Männer stiegen dabei auf den Marktbrunnen und verkauften Eier und Geflügel zu den von den Käufern vorgeschlagenen Preisen. Es waren etwa zwanzig freiwillige und unfreiwillige Marktbesucher, die geschädigt wurden. Verhandelt wurden vom Gericht aber nur fünf Fälle. Der am meisten Geschädigte

war ein kriegsinvalider Kleinhändler aus Mietingen. Er gab an, er habe, nachdem er sein Standgeld dem Markteinnehmer regulär bezahlt habe, für seine 50 Göckel statt den errechneten 613 nur 233 Millionen Mark bekommen. Auch die Verluste der anderen bewegten sich in ähnlichen Relationen; doch hatten sie meist nur wenige Göckel und einige Dutzend Eier auf den Markt gebracht. Die Verluste kamen auch dadurch zustande, daß manche überhaupt nicht bezahlten und einige Göckel die Chance des Tumultes nutzten und entfliehen konnten. Nach einigen Aussagen soll ganz Biberach auf den Beinen gewesen sein, um die günstige Gelegenheit zu nutzen. Das war sicher eine Übertreibung, kennzeichnet aber den Eindruck, den das Geschehen hervorrief. Beim Verkauf waren vor allem junge Männer aktiv, aber auch Frauen und Ältere waren beteiligt. Dieser Zwangsverkauf war schon am Vormittag abgeschlossen, die Kommunisten waren daran nicht mehr beteiligt als die anderen Arbeiter. Ein städtischer Polizist<sup>2</sup> sagte sogar aus: „Besonders aufgefallen ist mir, daß gerade die uns als zur Kommunistischen Partei gehörigen bekannten Personen sich am Verkauf nicht beteiligten, sondern Leute, die ... gemäßigter Richtung angehören.“ Das leuchtet ein, weil die Kommunisten ja nicht in das Vorhaben eingeweiht worden waren und sich auch nicht den Belegschaften angeschlossen hatten. Sie hatten sich vom Bahnhof zum Marktplatz begeben und dort den Eindruck erweckt, es gehe auch gegen die Kaufleute in der Stadt. Sie erschienen leicht frustriert, denn auf den Vorschlag von Stadtrat Scheck, man solle jetzt nach Hause gehen, antwortete ihr Sprecher Alois Schlaucher, man habe ja noch gar nichts erreicht. Der Zweck der Unternehmung war ihm also nicht klar geworden.

## Die Ereignisse am Nachmittag

Von nun an waren allerdings die Kommunisten auch nach eigener Aussage tonangebend. Nach ihrer Auffassung war das Geschehen auf dem Markt noch keine politische Aktion. Schlaucher schlug deshalb vor, zunächst zum Oberamt zu ziehen, was auch geschah. Der Oberamtmann empfing dann eine Abordnung von acht Arbeitern, unter ihnen die vier Stadträte der Liste der vereinigten Arbeiter. Der Oberamtmann bestätigte bei der Vernehmung, daß die Verhandlungen „in ruhigem und sachlichem Ton“ verlaufen seien. Es ging allgemein um die Frage der Ausstellung von Handelsscheinen und speziell um eine bestimmte Aufkäuferin, deren Mann als Hausmeister im Bezirkskrankenhaus beschäftigt war. Die „Biberacher Oberamts-Zeitung“ hatte sie in einem Artikel am 17. September namentlich als Schieberin bezeichnet und geschrieben: „Man muß fordern, daß gegen solche Schädlinge, die nicht wenig an der stetig wachsenden Feindschaft zwischen Stadt und Land die Schuld tragen, ohne Rücksicht auf die Person vorgegangen wird.“ Es wurde ihr vorgeworfen, daß sie Waren in die Gegend von Mannheim verkaufe und daß sie mit Franzosen zusammenarbeite. Auch der Ober-

amtmann war der Meinung, daß sie nur einen Handelsschein zum Eierverkauf in Biberach besitze. Die Handelsberechtigung war jedoch vom Landesversorgungsamt unbeschränkt ausgestellt worden und der Vorwurf unrechtmäßiger Handlung war falsch. Der Oberamtmann gab später zu, daß er die Deputation in gutem Glauben falsch informiert habe, und ein weiterer Beamter des Oberamts bestätigte dies der Untersuchungsbehörde. Die Deputation forderte vom Oberamtmann, daß er den Hausmeister entlassen solle. Als dieser die Prüfung des Falles zugesagt hatte, zog sie ohne weitere Forderungen ab. Anschließend wurde erwogen, zum Bezirkskrankenhaus zu ziehen, da ein Gerücht besagte, die Aufkäuferin hätte dort ein Lager angelegt. Dieser Vorschlag wurde jedoch verworfen, da sich im Krankenhaus ja auch Arbeiter befänden, die man nicht belästigen wolle. Statt dessen zog man zur Wohnung der Aufkäuferin und zwang sie zusammen mit ihren zwei Töchtern zu einem Umzug durch die Stadt. Auch hier ist es zu verbalen Drohungen, aber zu keinen Gewaltanwendungen gekommen. Nach Aussage der Aufkäuferin sagte der Anführer der Kommunisten: „Werte Kollegen, ich denke, wir brandmarken die Frau L. dadurch, daß wir sie vor der roten Fahne an der Spitze des Zuges auf den Marktplatz marschieren lassen.“ Nach dieser „Brandmarkung“ zogen die Demonstranten zum Rathaus und stellten folgende Forderungen: 1. Die Entziehung des Handelsscheins der L., 2. Herabsetzung der Warenpreise oder Ausbezahlung der Löhne in Gold, 3. Lohnverbesserungen für Arbeitslose und Kurzarbeiter.

Die Verhandlungen auf dem Rathaus führte in Abwesenheit des Bürgermeisters Stadtrat Halder. Dieser erklärte, er müsse sich vorher mit Vertretern des Detaillistenverbandes, der Innungen, den Fabrikanten und mit dem Gemeinderat besprechen und bestimmte 17 Uhr als Termin der Stellungnahme. In der Zwischenzeit kursierten Gerüchte in der Stadt über Plünderungsabsichten und drohende Äußerungen der Kommunisten, die angeblich sogar im Besitz von Handgranaten sein sollten. Bei den Besprechungen auf dem Rathaus hatte Schlaucher nur gedroht, man wolle bei Nichterfüllung der Forderungen zur „Selbsthilfe“ schreiten. Der Hinweis auf ähnliche Ereignisse in Lörrach, bei denen es Tote gegeben hatte, ließ allerdings nichts Gutes ahnen. So wurde der vor kurzem organisierte bürgerliche Selbstschutz zusammengerufen. Dieser war mit Spazierstöcken, Gummischläuchen und einigen Pistolen bewaffnet. Die Arbeiter bewaffneten sich mit Ziegelsteinen. Als Stadtrat Halder zusammen mit dem gegen 16 Uhr aus Stuttgart eingetroffenen Bürgermeister und Stadtrat Mönch von der Arbeiterliste auf dem Viehmarkt ankamen, standen sich die beiden Gruppen kampfbereit gegenüber. Wagnermeister Arnold versuchte, zu beruhigen; da er aber ohne sein Gebiß redete, wurde er nicht richtig verstanden. Daß es nicht zu einer offenen Auseinandersetzung gekommen ist, war hauptsächlich Josef Marschall aus Ochsenhausen zu verdanken. Nach dessen Inter-

vention fiel es Stadtrat Mönch nicht mehr schwer, die Arbeiter zum Abzug in den „Schützenkeller“ zu bewegen, wo ihnen das Ergebnis der Beratungen mitgeteilt werden würde. Die Arbeiter akzeptierten den Beschluß des Gemeinderats, und damit war der Göckles-Mittwoch zu Ende. Der Gemeinderat entschuldigte sich in aller Förmlichkeit bei der Landbevölkerung.

## Die Rolle Marschalls

Daß Marschall die entscheidende Rolle bei der Beilegung des Konflikts gespielt hatte, geht aus fast allen Aussagen zu diesem Punkt deutlich hervor. So sah es auch die „Biberacher Oberamts-Zeitung“: „Im Augenblick der höchsten Gefahr rückte der Kommunist Marschall aus Ochsenhausen auf dem Fahrrad an. Seinem Zureden gelang es, die Kommunisten zu bewegen, sich seiner Führung unterzuordnen.“ Die Gerüchte, daß die Kommunisten bewaffnet seien, waren zwar falsch, sie hatten aber möglicherweise einen realen Kern. Tatsächlich bemühten sich Kommunisten Oberschwabens zu diesem Zeitpunkt um Sprengstoff, weil sie einen „fascistischen Putsch“ befürchteten. Zwei Einbrüche in ein privates Sprengstoffdepot in Markdorf erfolgten im Herbst 1923, der erste zwischen dem 15. und 26. September, der zweite im Oktober. Als Haupttäter wurde im Januar 1925 eben dieser Marschall vom Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik verurteilt. Ein Teil des Sprengstoffs wurde dann auch Ende Oktober in Biberach versteckt. Das erklärt, warum Marschall so sehr daran gelegen war, eine gewaltsame Auseinandersetzung zu vermeiden. Die Biberacher Kommunisten scheinen davon am 19. September noch nichts gewußt zu haben, denn sonst hätten sie wie Marschall eine Konfrontation vermeiden müssen.<sup>3</sup> Der Rottumbote aus Ochsenhausen betonte am 20. Januar 1925, daß Marschall aus Pforzheim gebürtig sei und man in Ochsenhausen nichts mit ihm zu tun haben wolle.

## Die Umdeutung zum Kommunistenputsch

Die Ereignisse des Vormittags waren in Biberach auf weitgehendes Verständnis gestoßen, während das Geschehen am Nachmittag auch von dem Landtagsabgeordneten der KPD, Müller aus Weingarten, mißbilligt wurde (Rottumbote 25. 9. 1923). Überraschend eindeutig hatte vor allem Oberamtmann Josef Baur sein Verständnis zum Ausdruck gebracht. Er hatte am Abend vorher erfahren, daß etwas los sein sollte. Da die Frauen von Biberach, besonders die Arbeiterfrauen, sich „seit einiger Zeit“ auf dem hiesigen Wochenmarkt nicht mehr richtig eindecken konnten, sah er in den Vorgängen ein berechtigtes Bestreben, „diesem Unfug des Händlerturns entgegenzutreten“. Überhaupt wollte er den Vorgängen keine übermäßige Bedeutung zuerkennen. Auch die Polizei verhielt sich durchaus passiv, so daß einige Geschädigte eine gewisse Sympathie für die Akteure vermuteten. Ein Polizist

hatte bei dem Zwangsverkauf mitgewirkt und einer hochschwangeren Frau geholfen, damit sie ihren von der Menge festgesetzten Erlös auch erhielt. Deren Ehemann, der vorher seine Zahnarztrechnung beglichen hatte und erst später dazugekommen war, hatte den Eindruck, „als ob die Polizei mit der demonstrierenden Menge unter einer Decke stecke“. Nach seiner eigenen Aussage forderte der Polizist die Frau auf, „sie solle halt jetzt ihre Eier verkaufen lassen, sie sehe ja auch, wie es aussehe, man müsse halt die Eier verkaufen“. Die Frau sei so aufgeregt gewesen, daß sie den erwarteten Preis gar nicht mehr genannt habe und so sei eben zu dem von den Menge bestimmten Preis verkauft worden. Die Polizisten wehrten sich gegen den Vorwurf der Sympathie mit den Demonstranten mit dem Hinweis auf das Gedränge und die große Menge. Ein wirksames Eingreifen bei den Verkaufsaktionen dürfte in der Tat kaum möglich gewesen sein. Dagegen war die Situation bei den Zwangszuführungen zum Markt anders, denn diese waren häufig durch kleinere Trupps erfolgt, so daß hier ein Eingreifen möglich gewesen wäre. Einer der von auswärts herangezogenen Landjäger erklärte dazu: „Wir haben darin nichts Strafbares gefunden, denn wenn es Anstände gegeben hat, sind wir eingeschritten und haben die betreffenden Händler auf ihre Papiere kontrolliert.“

Von den Zeitungen schilderten der „Anzeiger vom Oberland“ und der „Rottumbote“, beides Zentrumszeitungen, in ihrem ersten Bericht den Verlauf ziemlich korrekt und unterschieden auch deutlich zwischen Vormittag und Nachmittag. Anders verhielt sich die „Biberacher Oberamts-Zeitung“. Diese stand deutlich rechts und versuchte vor allem auf dem Lande Einfluß zu gewinnen. Sie bekämpfte Oberamtmann Baur wegen dessen Haltung in den Jahren der Zwangsbewirtschaftung. Baur verklagte die Zeitung im April 1924, die darauf die Bauern aufrief, ihr Material gegen Baur zu liefern (Rottumbote 6. 5. 1924). Den Göckles-Mittwoch hat sie schon in ihrem ersten Bericht vom 20. September 1923 als „Kommunistenputsch“ bezeichnet. Es sei eine Kraftprobe der Kommunisten und keine Arbeiterdemonstration gewesen, „es war der ausgesprochene Versuch kommunistischer Führer sich die Herrschaft über das Wirtschaftsleben der Stadt und damit auch die politische Herrschaft anzueignen“. Mitschuldig sei auch „die bis in die ‚besten‘ Kreise hinein getriebene törichte Hetze gegen die Landwirtschaft“. Es „zogen kommunistische Sturmabteilungen in militärischer Formation durch die Straßen“. In den späteren Berichten schlug auch der „Anzeiger vom Oberland“ härtere Töne an, verurteilte die Vorgänge und stellte die drohende Haltung der Kommunisten in den Vordergrund.

Großen Eindruck dürfte auch das rasche Eingreifen des Landeskriminalpolizeiamtes in Stuttgart gemacht haben. Aufgrund eines Zeitungsartikels in der weit rechts stehenden „Süddeutschen Zeitung“ vom 20. September 1923 waren noch am selben Tag zwei Beamte nach Biberach geschickt worden. In diesem Artikel wurde ebenfalls der kommunisti-

sche Charakter der Unruhen und vor allem die Sowjetfahne betont, so daß die „Biberacher Oberamts-Zeitung“ als Ursprung des Artikels wahrscheinlich ist. Die beiden Beamten lieferten ihren ersten Bericht schon am 21. September 1923 dem Amtsgericht Biberach ab, gleichzeitig forderten sie Polizeiwehr aus Ulm an. Das Bemühen von Oberamtmann Baur, die Angelegenheit herunterzuspielen, war damit gescheitert.

## Der Prozeß

Am 26. März 1924 wurde der Prozeß vor dem Landgericht Ravensburg wegen Landfriedensbruch und Nötigung bzw. Gewalttätigkeit eröffnet. Von den siebzehn Angeklagten wurde nur einer freigesprochen. Alois Schlaucher erhielt wegen seiner Drohung mit Selbsthilfe mit neun Monaten Gefängnis die höchste Strafe, neun Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen zwischen zwei und acht Monaten, der Rest kam mit einer Geldstrafe von 100 Mark davon. Dies betraf im wesentlichen die Angeklagten, die nur an der zwangsweisen Beschickung des Marktes beteiligt gewesen waren. Da die meisten Angeklagten nicht vorbestraft waren, erscheinen die Urteile heute als sehr hart. Erklärlich werden sie nur vor dem Hintergrund der vielen Krisen

des Jahres 1923. Die meisten Beteiligten des Göckeles-Mittwochs waren wie der Oberamtmann von der Berechtigung ihrer Aktion überzeugt. Der Versuch der Kommunisten, daraus für sich Kapital zu schlagen, hatte dann zu einer ernsten Konfrontation geführt, die im Rückblick noch dramatisiert worden war.

## Anmerkungen

- 1 Binder, Hans-Otto, Der „Göckeles-Mittwoch“ in Biberach – „Moralische Ökonomie“ im 20. Jahrhundert?, in: Krisenbewußtsein und Krisenbewältigung in der frühen Neuzeit. Festschrift für Hans-Christoph Rublack, Frankfurt/M. 1992. Es ging dabei um die Frage, warum es im 20. Jahrhundert zu Verhaltensweisen kam, die bisher als typisch für das 18. und das frühe 19. Jahrhundert galten. Außer den dort verwendeten Sigmaringer Gerichtsakten habe ich inzwischen noch den Rottumboten eingesehen, der einige interessante Ergänzungen liefert.
- 2 Es befanden sich außer der Stadtpolizei noch drei Landjäger in der Stadt, die der Oberamtmann aus dem Oberamt angefordert hatte, da auch er eine Vorahnung von den kommenden Dingen hatte.
- 3 Das Urteil des Staatsgerichtshofs liegt in einer Abschrift bei den Biberacher Akten in Sigmaringen, weil einer der Angeklagten auch beim Göckeles-Mittwoch beteiligt war und einen Revisionsantrag gestellt hatte.



Markt in Biberach im Jahre 1905. Aus: Kurt Diemer, Altbiberach. Bilder einer Stadt, Biberach 1990.